



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Wissenschaftskommunikation jetzt stärken: Third Mission der Hochschulen ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich wie mündlich im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über den Status der Wissenschaftskommunikation in Bayern zu berichten und den Ausschuss zu informieren:
 - über bestehende Studienangebote im Feld der Wissenschaftskommunikation an bayerischen Hochschulen,
 - über weitere von der Staatsregierung geförderte Programme und Qualifizierungsangebote im Bereich der Wissenschaftskommunikation,
 - über von der Staatsregierung geförderte Projekte im Bereich der sog. Third Mission an den Hochschulen (Ringvorlesungen, Wissenschaftstage, Lange Nächte der Wissenschaft etc.).
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine landeseigene Strategie zur Wissenschaftskommunikation zu entwerfen und im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst vorzustellen.

Ziel der Strategie ist eine Stärkung der Wissenschaftskommunikation unter Beteiligung der relevanten Akteurinnen und Akteuren. Die Strategie soll Wege aufzeichnen, wie die Wissenschaftskommunikation anlässlich neuer Herausforderungen (Bereitstellung wissenschaftlicher Expertisen für Politik und Gesellschaft bei gleichzeitig zunehmend artikulierter Wissenschaftsfeindlichkeit) weiterentwickelt werden kann.

Die Strategie soll insbesondere auf folgende Handlungsfelder eingehen:

- Im Strategieprozess wird evaluiert, welche Qualifizierungsangebote und unterstützenden Infrastrukturen und Formate an bayerischen Hochschulen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Bereich der Wissenschaftskommunikation existieren, welche Bedarfe vorliegen und mit welchen Maßnahmen diesen Bedarfen begegnet werden kann.

Besondere Berücksichtigung findet dabei die Frage, in welcher Weise Wissenschaftskommunikation bereits in der Ausbildung von Studierenden verankert ist und wie diese stärker berücksichtigt werden kann. Ebenso wird geprüft, ob (wählbare) Ausbildungsinhalte stärker auf das Berufsfeld Wissenschaftsjournalismus oder auf die Schnittstelle von Politik und Wissenschaft ausgerichtet sein sollten.

- Ebenfalls wird evaluiert, welche Angebote an den Hochschulen sich im Sinne der Third Mission an eine breitere Öffentlichkeit wenden, um ein grundsätzliches Verständnis für die wissenschaftliche Arbeit zu vermitteln. Wie können diese Angebote verstärkt und ergänzt werden, und welche Angebote eignen sich, um

eine breitere Öffentlichkeit an wissenschaftlicher Forschung partizipieren zu lassen?

- Im Rahmen des Strategieprozesses soll auch geprüft werden, ob bei der Vergabe von Landesfördermitteln an Hochschulen Kriterien der Wissenschaftskommunikation stärker berücksichtigt werden sollten.
- Schließlich legt das Strategiepapier ebenso dar, in welcher Weise die Staatsregierung aus der Wissenschaft eingeholte Expertisen für eine breitere Öffentlichkeit generell transparent machen wird. Ziel ist es, dass die Staatsregierung zukünftig die Öffentlichkeit grundsätzlich über die personelle Zusammensetzung, die Aufgaben und Arbeitsweisen von wissenschaftlichen Expertinnen- und Expertengremien sowie die Inhalte der eingeholten Expertise informiert, um durch Transparenz Vertrauen in der Öffentlichkeit zu generieren.

Begründung:

Anlässlich der Corona-Pandemie zeigt sich die besondere Bedeutung einer wissenschaftlichen Basis für politische Entscheidungen. Laut einer aktuellen Umfrage im Auftrag von Wissenschaft im Dialog sprechen sich 71 Prozent der Deutschen für eine wissenschaftsbasierte Politik aus (PM WiD 9. Juni 2020; <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/medien/pressemitteilungen/artikel/beitrag/mehrheit-der-deutschen-fuer-wissenschaftsbasierte-politik-zu-corona/>). Angesichts der einschneidenden Maßnahmen in das private und gesellschaftliche Leben, welche auf wissenschaftlicher Grundlage von der Politik getroffen wurden, ist die Akzeptanz dieser Maßnahmen davon abhängig, ob Politik und Wissenschaft ein ausreichendes Vertrauen in der Bevölkerung entgegengebracht wird. Voraussetzung für Vertrauen ist u. a., dass die Politik ihre Entscheidungsfindung transparent darlegt und die Bevölkerung ausreichend über Ergebnisse und Methoden der wissenschaftlichen Expertise informiert ist.

Laut gleicher Umfrage vertrauen derzeit 66 Prozent der Befragten in Wissenschaft und Forschung. Dieser Wert ist im Vergleich zu Vorjahreswerten gut. Die Ausbreitung von „Fake News“ und Verschwörungsmymen verdeutlicht jedoch den Handlungsbedarf: es gilt die Wissenschaftskommunikation an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu stärken. Dies ist nicht nur anlässlich der Corona-Pandemie, sondern auch angesichts einer sich verändernden Presselandschaft, neuer digitaler Formen der Kommunikation und einer häufiger artikulierten Wissenschaftsfeindlichkeit in Teilen der Gesellschaft notwendig.